**Folgen des Geburtenrückgangs**

**M1 Der Generationenvertrag**

|  |  |
| --- | --- |
| 1  5  10  15  20  25  30  35  40  45 | In Deutschland gefährden die sinkenden Geburtenzahlen die Funktionsfähigkeit des bisherigen Sozialversicherungssystems. Die Folgen betreffen neben den Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungen auch die Wirtschaft und Siedlungsstruktur.  Der Generationenvertrag, der die Grundlage unserer staatlichen Altersversorgung darstellt, bröckelt. 1957 wurde er von Konrad Adenauer, dem damaligen Kanzler, in einer großen Rentenreform eingeführt. Die aktuell Arbeitenden, die in die Rentenkasse einzahlen, kommen für die Rentenzahlungen der nicht mehr Arbeitenden auf. Das heißt in der Konsequenz, dass sich die Laufe des Arbeitslebens gezahlten Rentenbeiträge nicht zu einem Kapitalstock summieren, von dem die spätere Rente bezahlt wird, sondern durch die Zahlungen eine Anwartschaft auf die eigene Rentenzahlung erworben wird. Setzte Konrad Adenauer noch auf die Stabilität des Generationenvertrages, weil er glaubte: „Kinder kriegen die Leute sowieso.", müssen heute andere Wege gefunden werden.  Kritik erfährt der Generationenvertrag häufig, weil kinderlose Menschen bevorzugt werden, da sie in der Regel höhere Rücklagen bilden können als Menschen, die Kinder aufziehen. Da die Kinder auch für die Rente der Kinderlosen der vorherigen Generation sorgen, minimiert sich wiederum die Höhe der Rente der eigenen Eltern.  In Zukunft müssen immer weniger die Renten von immer mehr Älteren finanzieren, da die Lebenserwartung steigt und weniger Kinder geboren werden. 1962 kamen auf einen Beitragszahler sechs Rentner, im Jahr 2012 waren es nur noch zwei Rentner auf einen Beitragszahler[[1]](#footnote-1). Pflichtversicherte, die angestellt sind, zahlen zurzeit 18,7 Prozent ihres Bruttolohns, dabei tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte. Für die Zahlungen, die sie leisten, erwarten sie, dass nachkommende Generationen ihre Rente zahlen.  Bis zum Jahr 2012 bekam man in der Regel ab dem 65. Lebensjahr eine Rente, seitdem wird das Rentenalter stufenweise bis auf 67 Jahre angehoben. 2029 gilt die Altersgrenze dann für alle ab 1964 Geborenen. Ausnahmen gibt es zum Beispiel für Menschen, die besonders lange Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet haben.  Bereits jetzt ist absehbar, dass der Solidarpakt keinen Bestand haben wird. Es gibt immer weniger Kinder, die wegen der Ausbildungsdauer immer später in den Beruf einsteigen, immer mehr Geringverdiener, viele Arbeitslose und Flüchtlinge, die in den ersten Jahren nicht arbeiten können (vgl. M2), weshalb davon auszugehen ist, dass die Rentenauszahlungshöhen sinken werden und das Renteneinstiegsalter sich immer weiter nach oben verschoben wird. Da der Generationenvertrag keine im Alter ausreichende Rente mehr gewährleisten kann, versucht die Regierung mit diversen Fördermaßnahmen die Bevölkerung für private Rentenversicherung zu gewinnen. Sehr bekannt ist u.a. die Riester-Rente. Das Problem ist, dass sehr viele Menschen Teilzeit arbeiten oder Niedriglohnempfänger sind, weshalb sie nicht privat vorsorgen können. |

**🗁**

* ***Arbeiten Sie aus dem Text die Folgen des Geburtenrückgangs für den Generationenvertrag heraus.***
* ***Wie sehen bisherige Lösungsansätze aus? Fallen Ihnen weitere ein?***

**M2 Neue Probleme**

|  |  |
| --- | --- |
| 1  5  10  15  20  25  30  35  40  45 | In Deutschland sind nahezu 90 Prozent der Bevölkerung in der Sozialversicherung pflicht- oder freiwillig versichert. Zu der Sozialversicherung gehören die Kranken-, Arbeitslosen-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung. Der Solidargedanke sorgt dafür, dass jeder Versicherte unabhängig davon, wie viel er bisher gezahlt hat, Leistungen aus den Kassen bekommt. Je nach Einkommen zahlt man unterschiedlich viel in die verschiedenen Kassen ein. Nicht arbeitende Ehepartner sind wie Kinder meistens beim erwerbstätigen Ehegatten in der Krankenver­sicherung mitversichert, wenn dieser gesetzlich versichert ist. Die Krankenkosten für Flüchtlinge übernehmen die Kommunen, Schleswig-Holstein führte dieses Jahr als viertes Bundesland die Gesundheitskarte ein, mit der die bereits auf Kommunen verteilten Kranken selbstständig zum Arzt gehen und sich behandeln lassen können[[2]](#footnote-2). Die Kosten für die Behandlung trägt der Staat, sie gehen nach Auskunft der Regierungen und Krankenkassen nicht zulasten der Kassenbeiträge. Die Krankenversicherung ist in Deutschland eine der Pflichtversicherungen. Kritiker fragen sich, was mit den Deutschen wird, die keine Krankenversicherung haben, immerhin gibt es hunderttausende Nichtversicherte[[3]](#footnote-3).  Es reisen vornehmlich junge Menschen nach Deutschland, überwiegend Männer, ca. 80 % sind nach Daten des Bundesamtes für Migration unter 35 Jahre[[4]](#footnote-4). Die Flüchtlingsbewegung wird von einigen als positiv gesehen, mittel- und langfristig könnten die jungen Zuwanderer die Sozialsysteme entlasten, sagen Forscher des Wirtschaftsforschungsinstitut RWI voraus[[5]](#footnote-5). Voraussetzung ist allerdings, dass die Zuwanderer zum einen eine Ausbildung machen und einen Job finden.  Mittlerweile werden Ausbildungsbörsen für Flüchtlinge angeboten, wie zum Beispiel die Jobbörse von arrivo-berlin, einer Initiative der Senatsver­waltung für Arbeit, Integration und Frauen, der Handwerkskammer Berlin und dem Berliner Netzwerk für Bleiberecht „bridge“.[[6]](#footnote-6) Auf der Börse können Flüchtlinge über 150 verschiedene Berliner Firmen und Beratungs­orga­ni­sationen für Job- und Ausbil­dungs­angebote treffen. Wichtig ist, dass die Bewerber Deutsch und / oder Englisch sprechen, was ein Problem darstellt, da die Flüchtlinge kein Deutsch sprechen, meist nicht einmal Englisch. 2015 flohen nach Angaben Thomas de Mazières ca. 1,1 Millionen nach Deutschland[[7]](#footnote-7). Viele Flüchtlinge haben eine schlechte Schulbildung, der Akademikeranteil liegt bei zehn Prozent[[8]](#footnote-8). In einer internationalen Studie wurde belegt, dass in Syrien ca. 65 % der Schüler nicht den Sprung über das, was die OECD als Grundkompetenzen definiert, schaffen. In Albanien liegt die Quote bei 59 %, in Deutschland bei 16 Prozent[[9]](#footnote-9). Das heißt in der Konsequenz, dass die Mehrheit der Flüchtlinge als funktionale Analphabeten gelten müssen, die nur über begrenzte Lese- und Schreibkenntnisse verfügen. Das Wissen, das sie in ihrem Heimatland erworben haben, auch wenn es dort ausreichte, reicht nicht für das Leben in einem Industriestaat und eine qualifizierte Ausbildung.  Man geht von einer mindestens fünfjährigen Lern- und Ausbildungsphase aus, d.h., die meisten sind dann bereits mindestens 35 bis 40 Jahre alt, können nicht mehr auf 45 Beitragsjahre kommen, die man normalerweise für Rentenzahlungen ohne Kürzungen benötigt[[10]](#footnote-10). Wenn man davon ausgeht, dass die Menschen zunächst schreiben und lesen lernen müssen, zudem eine andere Schrift gewohnt sind, Deutsch lernen sollen und meist kein Englisch sprechen, reichen die fünf Jahre für eine Qualifizierung wahrscheinlich nicht. Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) ist der Meinung, dass nicht einmal jeder Zehnte die Voraussetzungen mitbringe, um direkt in eine Arbeit oder Ausbildung vermittelt zu werden[[11]](#footnote-11). |

🗁

***Arbeiten Sie aus dem Text die Chancen und Folgen heraus, die durch die große Zuwanderung für die Wirtschaft und das Sozialversicherungs­system entstehen.***

1. Vgl. https://www.demografie-portal.de/SharedDocs/Downloads/DE/ZahlenFakten/pdf/Beitragszahler\_Altersrentner.pdf;jsessionid=5EC168168250690122EF7434DBFE095D.1\_cid389?\_\_blob=publicationFile&v=1 [↑](#footnote-ref-1)
2. Homepage der Landesregierung Schleswig-Holstein, https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/\_startseite/Artikel/160125\_gesundheitskarte.html. [↑](#footnote-ref-2)
3. Handelsblatt „Die Unversicherten“, 22.09.2014. [↑](#footnote-ref-3)
4. http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/Asylzahlen/asylzahlen-node.html [↑](#footnote-ref-4)
5. ## FAZ, 10.9.2015, „Migranten verbessern Wachstumsaussichten“, Ressort Wirtschaft, online abrufbar: http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fluechtlinge-als-chance-fuer-deutschlands-wirtschaftswachsum-13795294.html

   [↑](#footnote-ref-5)
6. http://www.arrivo-berlin.de/files/besucherflyer\_jobboerse\_29022016.pdf [↑](#footnote-ref-6)
7. DIE WELT, „Mehr als eine Million Menschen sind 2015 nach Deutschland geflohen“, 6.1.2015 [↑](#footnote-ref-7)
8. DIE ZEIT Nr. 47/2015, 19. November 2015 [↑](#footnote-ref-8)
9. TIMMS-Studie, online abrufbar: https://www.waxmann.com/?eID=texte&pdf=2814Volltext.pdf&typ=zusatztext [↑](#footnote-ref-9)
10. # Vgl. Badische Zeitung „Was bringen Flüchtlinge der Rentenkasse?“, 31.10.2015

    [↑](#footnote-ref-10)
11. Deutsche Wirtschaftsnachrichten, September 2015, online abrufbar: http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/09/11/nahles-nicht-einmal-jeder-zehnte-fluechtling-fuer-arbeit-oder-ausbildung-qualifiziert/ [↑](#footnote-ref-11)